

008/2010

Stuttgart, den 19.01.2010

Grüne unterstützen Forderungen der Freien Schulen

Extreme Unterfinanzierung muss endlich überwunden werden

Der dem Landtag vorliegende neue Bericht über die Finanzierung der Schulen in Freier Trägerschaft belegt in dramatischer Weise die Unterfinanzierung freier Schulen. Seit Jahren haben die Regierungsfractionen versprochen, die Zuschüsse an die Freien Schulen auf 80 % der Kosten eines staatlichen Schülers anzuheben, dieses Versprechen aber nicht gehalten. Die Zuschüsse sind sogar seit dem Jahr 2006 weiter abgesunken. Die wachsende Finanzierungslücke hat in den letzten Jahren zu immer größeren Belastungen der Eltern und der Schulen selbst geführt. „Mit einer solchen eklatanten Unterfinanzierung werden die Schulen in freier Trägerschaft faktisch von der Landesregierung gezwungen, das in Art. 7 Abs. 4 Grundgesetz (GG) festgelegte Sonderungsverbot nach den Besitzverhältnissen der Eltern auszuhebeln“, so die schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag Renate Rastätter.

Rastätter: „Die von den freien angekündigte Demonstration sehe ich als letztes Mittel, die Landesregierung dazu zu bewegen, die seit Jahren zugesagte gerechte Finanzierung endlich im Haushalt umzusetzen. Denn Zuschüsse in Höhe von 80 % der Kosten eines staatlichen Schülers sind nun wahrlich nicht unangemessen, sondern stellen die verfassungsrechtlich gebotene Mindestfinanzierung für freie Schulen dar. Es ist ein Armutszeugnis, dass die Landesregierung im Doppelhaushalt 2010/2011 erneut nicht einmal eine minimale Erhöhung der Zuschüsse in Richtung 80 % vorsieht. Die jetzt im Haushalt vorgesehenen 3 bzw. 8 Mio. Euro für 2010/2011 sollen lediglich das Absinken

der Zuschüsse ausgleichen. Angesichts der Bildungsoffensive von rund 530 Millionen Euro und der daraus resultierenden Erhöhung der Kosten der staatlichen Schüler werden die Zuschüsse aber erneut unter 70 % absinken. Diese schreiende Ungerechtigkeit gegenüber Eltern, die sich für eine Schule in freier Trägerschaft entscheiden, darf nicht mehr länger geduldet werden.“

Die Grünen erkennen eine erhebliche Diskrepanz zwischen der verbalen Wertschätzung der Vielfalt im Bildungswesen und der notwendigen gerechten Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft und fordern deshalb, dass sich die Landesregierung und die Regierungsfractionen nicht mehr länger aus ihrer Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler an den freien Schulen heraus stellen dürfen. Rastätter kündigte an, dass die Grünen mit Haushaltsanträgen zur Anhebung der Zuschüsse in drei Stufen auf 80 % die Regierungsfractionen weiter unter Druck setzen werden.